

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Die Verlagsgesellschaft
des Erzgebirges in Chemnitz, am
Königsplatz 10. Telefon 1111.
Erscheinungstag: Sonntag, den 14. April 1924.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auz. Postfach-Nr. 191

Nr. 89

Montag, den 14. April 1924

19. Jahrgang

Die Einstellung des Komitee Dawes.

Die Sachverständigen sprechen im Anfange ihres Berichtes über ihre allgemeine Einstellung, mit der sie an die Lösung ihrer Aufgabe herangetreten sind. Wege zur Stabilisierung der deutschen Währung und zum Ausgleich des deutschen Haushalts zu finden. Sie sagen da in diesem ersten Kapitel des ersten Teiles, daß sie sich sehr mit der technischen, nicht mit der politischen Seite des Problems befaßt hätten, daß sie aber keine Strafen bestimmen wollten.

Man hat verschiedentlich anerkannt, daß die Sachverständigen keine Strafen ausgesprochen haben. Wenn man sich aber einmal in vollem Umfange über die ungeheure Belastung Deutschlands wird klar geworden sein, dann wird man wohl zu dem Ergebnis kommen, daß es eine recht platonische Liebeshuldigkeit dieser Repräsentanten des Weltgewissens ist, diese Zahlungen nicht „Strafen“ zu nennen. Maßgebend kommt aber vornehmlich eines in Betracht: die Experten, die sich ausdrücklich auf den Standpunkt stellen, daß Deutschland auf Grund des (uns abgepreßten) Versailler Vertrages verpflichtet ist zu zahlen, warnen vor einer Belastung, die die deutsche Währung nicht auszuhalten imstande wäre und die eine sichere Aufstellung eines Haushalts unmöglich machte, weil dann Deutschland ja nicht länger im vollen Maße seinen Vertragsverpflichtungen nachkommen könnte. Dies aber wird von dem Komitee als eine „Besenfrage“ für den Wiederaufbau Westeuropas nicht erkannt. Die Sachverständigen sehen vollkommen klar und sprechen es auch aus, daß Deutschland nicht aus der Weltwirtschaft herausgenommen werden kann. Eine Finanz- und wirtschaftliche Besserstellung Deutschlands schließt ganz Europa. Aber auch umgekehrt wird ausdrücklich festgestellt: „Es ist auf alle Fälle einleuchtend, daß ein Deutschland, dessen Wirtschaft wieder ausgeblickt in einer finanziellen und wirtschaftlichen Krise in den es umgebenden Staaten nicht lange standhalten könnte. Sollen die Wiederherstellung Deutschlands von Dauer sein, so müssen auch die anderen Völker zu Zuständen zurückkehren, die für ihr finanzielles und wirtschaftliches Bestehen unerlässlich sind.“

Deswegen also, weil ein ruiniertes Deutschland nicht nur für die Welt nichts abwirft, sondern ihre eigene Wirtschaft obendrein noch schädigt, diese vorläufige Behandlung.

Um die politische Frage sind die Experten herumgegangen: Sie haben sie für außerhalb der Zuständigkeit des Komitees erklärt. Gewiß ist hierdurch eine „politische Entlastung“ erreicht worden: freilich sind andererseits auch wichtige Punkte undiskutiert geblieben, wie z. B. die Klärung der besetzten Gebiete. Im übrigen hat das Komitee, um mit Recht seine Hände ganz rein waschen zu können, die Möglichkeit erfolgreicher Durchführung seiner Pläne abhängig gemacht davon, daß nicht politische und militärische Maßnahmen gegen das deutsche Reich störend einwirken.

Somit aber sind die Forderungen ungeheuer. Die Sachverständigen trauen der deutschen Wirtschaft überhaupt eine große innere Lebenskraft zu. So soll ja Deutschland aus eigenen Hilfsquellen imstande sein und ohne ausländische Kredithilfe (wie dies in Oesterreich geschah) sich in kürzester Zeit vollständig zu erholen wenn hierbei auch zugegeben wird, daß es dem deutschen Reich in dem Finanzjahr 1924/25 unmöglich sein würde, aus bloßen Mitteln des Staatshaushalts irgendwelche Zahlungen an die Alliierten zu leisten. Auslands- und Inlandsanleihen sollen schließlich nur dazu dienen, die Zahlungen an die Alliierten zu ermöglichen, wobei immer wieder betont wird, daß darüberhinaus gehende Leistungen zu vermeiden sind, da sie nur erneute Erschütterungen Deutschlands zur Folge haben müßten.

Im übrigen liegt uns noch nicht der Wortlaut des Dawes-Berichts vollständig vor, weshalb wir auch im wesentlichen nur die Einstellung des Komitees betrachtet haben. Und das Komitee geht davon aus, daß Deutschland zahlen muß, vergißt aber nicht darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschland, um zahlen zu können, auch zahlungsfähig sein muß, ein Punkt, auf den französische Chauvinisten bisher kaum die geringste Rücksicht genommen hat. Ist aber Deutschland erst imstande zu zahlen, dann soll auch bis an die Grenze der Möglichkeiten herangegangen werden, dann sollen die Leistungen im geeigneten Falle noch durch einen aus verschiedenen Komponenten immer wieder zu er rechnenden, sonst ziemlich mystischen Index erhöht werden; ja es soll sogar, wenn etwa die Kaufkraft des Geldes um mehr als 10 Prozent stärker werden würde, ein besonderer Zuschlag eintreten. Immer aber nur soweit, als Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Kräfte dadurch nicht herabgemindert werden. Deutsch-

land ist eben noch wie vor die Henne, die, und das ist ganz englisch-bigotte Selbstüberhebung, die „moralische Verpflichtung“ hat denen gegenüber, die so schwer durch den Krieg gelitten haben, goldene Eier zu legen, und zwar soviel wie möglich, ohne an Ueberproduktion zu sterben. Die Goldener legende Henne aber nicht zu Tode zu strapazieren, das ist die „moralische Verpflichtung“ der Gegenpartei, und die Sachverständigen haben einen Weg anzugeben versucht, wie dieser „moralischen“ Verpflichtung nachzukommen ist, die ihnen allen so glänzende Einnahmen auf lange, lange Jahre hinaus bringen soll.

Die Reparationskommission hat die Annahme des Berichtes empfohlen; noch aber wissen wir nicht, ob die alliierten Regierungen und ob Deutschland den Bericht akzeptieren werden. Wären diese Entschlüsse ausfallen wie sie wollen: es wird trotz aller bedrückenden Forderungen das an sich negative Moment nicht in seiner Wirksamkeit zu unterschätzen sein, daß durch diesen Bericht der ganzen Erde eindringlich gesagt wird: bloßer gewalttätiger Raubbau an Deutschland droht ganz Europa zu Grunde zu richten. S. 4 b e.

Ja oder Nein.

Poincares Sabotageversuch gegen das Gutachten.

Ein Habastommentar zu dem Beschluß, deutsche Vertreter am 17. April anzuhören, betont mit auffallender Schärfe, daß es sich um keine Verhandlungen und Besprechungen mit den Deutschen über Abänderungen des Expertenberichtes handele, sondern lediglich um eine Anhörung der Deutschen, ob sie an der Durchführung der Expertenberichte mitwirken wollen. Sowohl Annahme wie Ablehnung könnten nur im ganzen ausgesprochen werden. Die Herausnahme einiger Artikel sei unzulässig. Die Reparationskommission sei darüber informiert worden, daß eine Erweiterung über die grundlegenden Einzelheiten des Expertenberichtes nicht in Aussicht genommen sei.

Englands Stellung zu der Empfehlung der Reparationskommission.

Nachdem der einstimmige Beschluß der Reparationskommission, die unveränderte Annahme des Sachverständigenberichtes zu empfehlen, in London bekannt geworden ist, haben Ministerpräsident Macdonald, Schatzkanzler Snowden und die zuständigen Ressortleiter den Dawesbericht einer neuen Prüfung unterzogen.

Macdonald wird wahrscheinlich noch vor Ostern im Unterhaus eine öffentliche Erklärung über die Stellung der englischen Regierung zum Sachverständigenbericht abgeben. Nach Auffassung der offiziellen englischen Kreise ist die Zustimmung der französischen Delegierten zu dem Dokument, das ja zuvor auch die französischen Sachverständigen schon unterzeichnet haben, zweifellos von Poincare autorisiert worden. Das berechtigt aber noch nicht zu der Annahme, daß Poincare darauf verzichtet wird, die besonderen politischen Interessen, die Frankreich auch durch den Sachverständigenbericht hindurch verfolgt, mit Energie weiter zu vertreten. Man glaubt aber zu wissen, daß Poincare in allen anderen Punkten eine äußerst verständliche Haltung einnehmen wird, wenn er eine Hauptforderung durchsetzen kann: den Dawesvorschlag durch ein politisches Abkommen über eine gemeinsame Sanktionsaktion der Alliierten im Falle einer neuen deutschen „Vertragsverletzung“ zu ergänzen.

Im Unterhause führte der Kolonialsekretär Thomas aus: General Dawes und seine amerikanischen Kollegen hätten bessere Arbeit geleistet, als sie selbst machten. Ministerpräsident Macdonald sehe in dem Bericht einen Weg, die europäischen Schwierigkeiten zu überwinden. Es sei jetzt Sache Deutschlands, den Bericht so schnell als möglich anzunehmen, wodurch es am besten Frankreich den Wind aus den Segeln nehmen könne.

Keynes über den Bericht.

Zwei Fragen über die Ruhrbesetzung.

Die Erörterung des Gutachtens der Sachverständigen wird von der Presse eifrig fortgesetzt. In der Wochenschrift „Nation“ schreibt Professor Keynes:

Wenn, wie es wahrscheinlich ist, die Franzosen auf einer Fortdauer und Anerkennung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes in irgendeiner Gestalt bestanden, so würden dadurch zwei Fragen aufgeworfen:

1. Kann eine derartige Besetzung in der Praxis vereinbar sein mit der finanziellen und wirtschaftlichen Einheit des Deutschen Reiches, wenn die Franzosen die Befugnisse täglicher Einmischung, wie sie sie jetzt in der Pfalz und in den Rheinländern ausüben, beibehalten

sollten? Auf jeden Fall muß die Besetzung beschränkt bleiben auf die Unwesentlichkeit der französischen Truppen mit keinerlei Verwaltungswirtschaft und keiner Autorität einzugreifen, außer in ernstem Notfall, und auch dann nur auf Anweisung der Gesamtheit der Alliierten hin;

2. Schließt die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung eine Revision des Versailler Vertrages ein? Die Anerkennung einer Fortdauer der französischen Besetzung des Ruhrgebietes durch die übrigen Alliierten kann erst erfolgen wenn sich Deutschland im Austausch gegen Vorteile, die nach seiner Ansicht die Last der Besetzung aufheben, sowie unter genaueren vertraglich niedergelegten Bedingungen der Besetzung, die von den Zweideutigkeiten des Versailler „Vertrages“ frei sind, freiwillig, einverstanden erklärt.

In ihrer Haltung gegenüber diesen entscheidenden diplomatischen Problemen werde es für die britische Regierung nicht statthaft sein, angesichts der einstimmigen Erklärung der Sachverständigen und auch angesichts der bekannten Politik der Parteien im Unterhaus, die geringste Schwäche zu zeigen.

Keynes fragt dann, ob die Sachverständigenverträge Deutschland tatsächlich eine Atempause sichern könnten. Das wirkliche Moratorium soll ja nur ein Jahr dauern. Es ist unmöglich, daß Deutschland später große Zahlungen leisten, wenn keine gesamte Ueberproduktion ihm fast von Anfang an abgenommen werde. Die Härte des Moratoriums wie der späteren Periode werde jedoch durch bestimmte Nachlassungsvorschläge gemildert.

Ob ein Plan dieser Art in der Praxis in so großem Umfange während eines langen Zeitraums durchgeführt werden könne, sei zweifelhaft, aber das Projekt habe wenigstens das Verdienst, daß es versuche, die Möglichkeiten sehr großer Zahlungen zu verschönen mit angemessenen Bürgschaften für den Fall, daß sich die optimistischen Voraussetzungen als falsch erweisen sollten. Wenn der Plan aufrecht durchgeführt werde, scheine er Deutschland von der Gefahr der Unterdrückung und des Ruins zu schützen.

Der Bericht sei alles in allem der beste Welttrag der bisher zur Lösung dieses unmöglichen Problems gemacht wurde. Er atme einen neuen Geist und Weisheit die reine Unparteilichkeit wieder. Obgleich seine Sprache zuweilen die Sprache eines vernünftigen Mannes zu sein scheine, der sich in einem Ironiehaufe befindet und sich den Infassen anpassen müsse, verliere sie doch niemals die Vernunft. Sie suche mit dem Unmöglichen einen Vergleich einzugehen und nehme sogar das Unmögliche in Aussicht.

Reichswirtschaftsminister Hamm über die Gefährdung der deutschen Wirtschaft.

Im Reichswirtschaftsrat hielten unter dem Vorsitz von Direktor Krämer der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates in der Zeit vom 9. bis 11. April gemeinsame Sitzungen zur Beratung der künftigen deutschen Außenpolitik ab.

Nach Eintritt in die Tagesordnung gab der Reichswirtschaftsminister Hamm einen Ueberblick über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die er als geordnet und gefahrlos bezeichnete. Es gelte, gegen die Gefahr der Uebergangskrisis geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Im Januar bzw. Februar habe die Einfuhr um 150 bzw. 250 Goldmillionen die Ausfuhr übertraffen. Die Einfuhr habe besonders in Baumwolle, Wolle und Häuten, sowie in Fertigzeugnissen zugenommen. Entsprechend sei im Inland die Konjunktur im Bekleidungs- und auch im Nahrungsmittelgewerbe gestiegen während in der Eisenindustrie und in den anderen für die Ausfuhr arbeitenden Industrien die Konjunktur nicht im gleichen Maße zugenommen habe und die Arbeitslosigkeit nicht im gleichen Umfang zurückgegangen sei. Diese Verbrauchssteigerung bringe schwere Gefahren für die Wirtschaft und die Währung mit sich. Die Abwehrmaßnahmen der Regierung gegen übermäßige Einfuhr seien überaus erschwert, so lange Deutschland nicht über die Bestorene verfüge, über welche die Franzosen zahlreiche Luxuswaren zu ganz außerordentlich ermäßigten Preisen nach Deutschland befördern. Trotz der sich daraus offensichtlich ergebenden Schwächung der deutschen Wirtschaft sei es bisher nicht möglich gewesen, darüber zu einer Verständigung zu kommen. Der Minister erhebt bittere Anklagen darüber, daß man Deutschland nicht von außen die Möglichkeit gebe, in seiner Wirtschaft Ordnung zu schaffen. Trotz dieser Schwierigkeiten an der Bekämpfung bestünde aber die Pflicht, daß Deutschland alles Mögliche auf dem Gebiet der Einfuhrkemmung tue und den Inlandsverbrauch in verständiger Mäßigkeit lenke, sowie den Inlandsverbrauch einschränke. Zur Steigerung der Ausfuhr bedürfte es vor allen Dingen